Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 163 (1997)

Heft: 6

Artikel: Am 8. Juni stimmen wir über die "Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr" ab

Autor: Ogi, Adolf

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-64690

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Am 8. Juni stimmen wir über die «Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» ab.

Vorab möchte ich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aufrufen, am 8. Juni an die Urne zu gehen. Denn diese Initiative berührt weit mehr als die Frage der Rüstungsausfuhr. Die Initiative tangiert ganz zentral den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Worum geht es bei der Abstimmung konkret?

Es geht um die Landesverteidigung. Es geht um die Frage, ob wir das technische Know-how für unsere Armee im Land behalten können.

Es geht darum, ob wir eine gewisse Rüstungsautonomie erhalten können oder ob unsere Auslandabhängigkeit verstärkt wird. Ohne Exportmöglichkeiten hat die Schweizer Rüstungsindustrie keine Überlebenschancen. Denn allein die Aufträge für unsere Armee garantieren nicht die nötige Auslastung. Am 8. Juni geht es auch um unsere Solidarität.

Die Initiative würde die Durchfuhr von Material und Truppen für friedenserhaltende Missionen treffen. Wir haben in letzter Zeit internationalen Friedenstruppen den Transit durch und über unser Land gestattet. Wir gestatten diese Transits im Interesse des Friedens in Ex-Jugoslawien. Diese Politik der Solidarität wäre bei einem Ja am 8. Juni in Frage gestellt.

Am 8. Juni geht es auch ganz zentral um die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Schweiz. Es geht um die Zukunft der Schweizer Hochtechnologie. Denn – und dies muss ich mit aller Deutlichkeit wiederholen – die Initiative berührt nicht allein die Rüstungsindustrie.

Nein. Die Initiative betrifft auch ganz direkt die Maschinen-, die Metall-, die Elektro- und die chemische Industrie. Die Initiative will die Ausfuhr von zivil wie militärisch verwendbaren Gütern dann verbieten, wenn diese Güter für kriegstechnische Zwecke genutzt werden sollen.

Es geht also um die Dual-use-Güter. Genau im Dual-use-Bereich gehört aber die Schweiz zu den führenden Ländern der Welt. Die Bestimmungen der Initiative würden der Exportwirtschaft – aufgrund komplizierter und langwieriger Überlebensmechanismen – im Dual-use-Bereich erhebliche Wettbewerbsnachteile auferlegen.

Es ist durchaus denkbar, dass viele Unternehmen auf diese Erschwernisse mit Auslagerungen von Produktionsstätten ins Ausland reagieren würden. Mit der Konsequenz, dass in der Schweiz weitere Arbeitsplätze im zukunftsweisenden Hochtechnologie-Bereich verloren gingen. Kurz: Die Initiative ist mit ihrem Totalverbot zu radikal und sie hätte gravierende Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Bundesrat und Parlament dagegen haben eine restriktive, streng kontrollierte Exportpolitik festgelegt. Mit dem revidierten Kriegsmaterialgesetz und mit dem neuen Güterkontrollgesetz sagen wir: Export ja, aber unter strengen Kontrollauflagen. Bundesrat und Parlament wollen einen verantwortungsvollen Mittelweg gehen. Ich bitte Sie, uns auf diesem Weg zu folgen.

Der Bundesrat empfiehlt Ihnen, die Initiative abzulehnen.

Bundesrat Adolf Ogi
Vorsteher des
Eidgenössischen Militärdepartementes